

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Arbeitskämpfe gefährden die Konjunktur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1992) : Arbeitskämpfe gefährden die Konjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 5, pp. 226-227

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136875>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitskämpfe gefährden die Konjunktur



Hans-Jürgen Schmahl

Seit dem Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ist die diesjährige Lohnrunde in ihrer „heißen Phase“. Man beginnt zu rechnen, um wieviel die Prognosen für das Jahr 1992, die allesamt keine Ausfälle durch Streiks vorsahen, nach unten revidiert werden müssen. Solche Versuche sind allerdings vorerst spekulativ, da man nicht weiß, in welchen Wirtschaftszweigen wie lange gestreikt wird. Große Produktionsausfälle drohen nur bei langdauernden Streiks in wichtigen Branchen, wie etwa 1984 beim sechswöchigen Arbeitskampf in der Metallindustrie. Doch solche Ausfälle, so bedauerlich sie wären, sind nicht das größte Problem. Es geht um mehr, nämlich kurzfristig um die Gefahr des Abgleitens in die Rezession und mittelfristig um das Risiko, auf einen Pfad mit weniger Wachstum und Beschäftigung bei zugleich mehr Preisanstieg als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu geraten.

Die Konjunktur in Westdeutschland ist labil. Zwar dürfte sich der leichte Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der im Laufe des zweiten Halbjahres 1991 zu beobachten war, im ersten Quartal des neuen Jahres nicht fortgesetzt haben; das saisonbereinigte reale Bruttosozialprodukt dürfte vielmehr etwas gestiegen sein. Aber das ist kein Indiz für eine beginnende Erholung, sondern Ergebnis eines für die Bautätigkeit überdurchschnittlich günstigen Wetters und wahrscheinlich auch vorsorglicher Eindeckungen, die im Hinblick auf mögliche Arbeitskämpfe vorgenommen wurden. Viel bezeichnender als die relativ günstige Produktionsentwicklung ist die anhaltende Verschlechterung des Geschäftsklimas, und die Vertagung der Hoffnungen auf baldige Zinssenkung, zu der der Verlauf der gegenwärtigen Lohnrunde zwang, läßt die weitere Entwicklung nicht gerade in einem günstigen Licht erscheinen. Überdies wird der Lohnkostendruck bei Lohnerhöhungen, wie sie nach dem Abschluß im öffentlichen Dienst nun zu befürchten sind, wahrscheinlich noch größer als bisher erwartet, und die Stimmung in der Wirtschaft wird entsprechend schlechter werden. Es ist fraglich, ob unter diesen Umständen die noch kürzlich von den fünf großen Wirtschaftsforschungsinstituten gemeinsam gestellte Prognose aufrechtzuerhalten ist, es werde keinen Rückgang der Konjunktur, sondern im späteren Verlauf des Jahres einen leichten Wiederanstieg geben.

Die Lohnkosten sind schon im Verlauf des vorigen Jahres in geradezu rasantem Tempo gestiegen; im vierten Quartal 1991 waren sie in der Gesamtwirtschaft je Produkteinheit um fast 7% höher als ein Jahr vorher. Dies wurde vielfach als einmaliger „Ausrutscher“ nach Jahren zurückhaltender Lohnpolitik gedeutet. Angesichts des neuen Lohnkostendrucks und der deutlich ungünstiger werdenden Konjunkturperspektiven waren sich jedenfalls die Ökonomen schon damals darüber einig, daß sich dieser Kurs der Lohnpolitik ohne schweren Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung nicht fortsetzen ließe. Entsprechend waren die Warnungen, die von den regelmäßig berichtenden Beobachtern der Wirtschaft – vor allem Instituten, Sachverständigenrat und Bundesbank – ausgesprochen wurden. Vor diesem Hintergrund waren die ab Herbst vergangenen Jahres gestellten For-

derungen der Gewerkschaften aus ökonomischer Sicht völlig unverständlich. Was sich nun an tatsächlichen Lohnerhöhungen abzeichnet, bleibt nur wenig hinter den vorjährigen zurück. Dabei ist real kaum etwas an zusätzlichem Einkommen zu verteilen; das reale Bruttosozialprodukt nimmt nur wenig zu, und das Mehrprodukt wird für die Unterstützung der neuen Bundesländer gebraucht.

In der diesjährigen Lohnrunde geht es also nicht um die Verteilung einer zusätzlichen, sondern höchstens um die Umverteilung einer etwa gleichbleibenden Verfügungsmasse. Die Erfahrung zeigt, daß ein solcher Versuch im allgemeinen mit einer Verkleinerung des „Kuchens“ endet, mit einer Verringerung des Sozialprodukts durch Rezession. Der Wirkungszusammenhang in groben Zügen: Der Anstieg der Lohnkosten kann bei schwacher Konjunktur nur zum kleineren Teil in den Preisen überwälzt werden, die Gewinne und mit ihnen die Gewinnerwartungen sinken, die Investitionen werden eingeschränkt, das Sozialprodukt schrumpft, verstärkt durch Multiplikatoreffekte, und die Beschäftigung geht zurück. Viele stehen heute vielleicht noch unter dem Eindruck der Vorstellung, die Gewinnsituation der Wirtschaft sei so gut, daß man ohne große Probleme zugunsten der Löhne umverteilen könne. Die Wirklichkeit ist anders. In wichtigen Wirtschaftszweigen gibt es schon wieder einen spürbaren Gewinnruck, und die diesjährige Lohnrunde vergrößert ihn nochmals kräftig. Mit der Verringerung der Investitionsneigung durch zunehmenden Gewinnruck wächst die Gefahr einer Rezession; eine solche Fehlentwicklung wäre angesichts der Lasten aus der wirtschaftlichen Eingliederung der neuen Bundesländer besonders bitter.

Konjunkturabkühlung oder gar Rezession werden schließlich auch ein Einlenken der Lohnpolitik auf einen maßvollen Kurs erzwingen; die heute noch ausdrücklich verweigernde Trendwende in der Lohnpolitik wird kommen. Offen ist nur, welche „Kosten“ an Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität bis dahin entstanden sein werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der künftige Trend des Lohnanstiegs flach genug sein wird. In den vergangenen Jahren hat die Beschäftigung außergewöhnlich stark zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland stieg allein von Mitte 1988 bis Mitte 1991 um rund 2 Millionen. Das ist maßgeblich der zurückhaltenden Lohnpolitik in den Jahren vor 1990 zuzuschreiben. Sie hat – wie üblich mit einer gewissen Verzögerung – das Entstehen neuer Arbeitsplätze begünstigt und sich damit für die Arbeitnehmer als Gesamtheit ausgezahlt. (Dieses Verdienst der Lohnpolitik ist gerade von den Instituten wiederholt hervorgehoben worden. Es stimmt nicht, daß die Lohnpolitik stets kritisiert wird.) Arbeitskräfte werden für längere Zeit alles andere als knapp sein; gegenwärtig sind in ganz Deutschland 3 Mill. Arbeitslose registriert. Unter diesen Umständen ist in den nächsten Jahren eine zurückhaltende Lohnpolitik dringend erforderlich. Wird dieser Sachzwang mißachtet, besteht keine Chance, von der hohen Arbeitslosigkeit herunterzukommen. Dieser Verantwortung kann sich die Lohnpolitik nicht entziehen.

Je mehr es um die mittlere Frist geht, desto mehr ist außer der Lohnpolitik auch die Finanzpolitik gefordert. (Sollte es dagegen jetzt eine Rezession geben, so liegt das nicht an der Finanzpolitik.) Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren hängt erheblich davon ab, ob die Regierenden eine Konsolidierung der Staatsfinanzen durchsetzen können und auf welche Weise diese vorgenommen wird. Daran müssen sich alle Gebietskörperschaften beteiligen, nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Gemeinden. Es handelt sich im Prinzip um die gleiche Aufgabe, vor der man Anfang der achtziger Jahre stand. Damals ist der Abbau des staatlichen Finanzierungsdefizits bis 1989 gelungen, gerade rechtzeitig vor der Wiedervereinigung. Doch diesmal ist die Dimension der Aufgabe größer, und die Bereitschaft zu Beiträgen gleich welcher Form ist offenbar gering. Eine ausreichende Begrenzung des Anstiegs der Staatsausgaben ist unter diesen Umständen kaum durchsetzbar, und bei einer Konsolidierung über höhere Steuern und Sozialabgaben ist ein fortdauernder Verteilungskampf um die Lasten der Vereinigung programmiert; schon in der diesjährigen Lohnrunde spielt das ja unverkennbar eine Rolle. Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität könnten so auf Dauer beeinträchtigt und damit die Fähigkeit zur Finanzierung der Anpassungslasten verringert werden.